

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 16. Juni 2025  
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

### **B 50 A Jahresbericht 2024 - Teil I: Geschäftsbericht (B 50a) / Teil II: Jahresrechnung (B 50b) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2024 / Finanzdepartement**

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die PFK startete die Behandlung des Jahresberichtes am 11. März 2025 mit einer Vorinformation an den Kommissionspräsidenten und die PFK-Leader und -Leaderinnen der Fraktionen sowie einer Vorinformation anlässlich der Kommissionssitzung vom 9. April 2025. In der Folge konnten sich die Fraktionen auf die Beratung der Botschaft B 50 vorbereiten. An zwei Tagen, am 28. Mai und am 2. Juni 2025, wurden B 50a und b beraten. Die Beratungen begannen wie immer mit einem Austausch mit der fast vollständig anwesenden Finanzkontrolle unter der Leitung von Karin Fein. Die PFK-Mitglieder stellen der Finanzkontrolle ein gutes Zeugnis aus und schätzen die Hinweise ihres Berichtes wie auch die kompetente Beantwortung der Fragen. Die Beratungen sind vertraulich. Ich kann aber mitteilen, dass auch stets Verbesserungen in detaillierten Fragen diskutiert und angestrebt werden. Bei vielem kommen die Anregungen von der Finanzkontrolle selbst oder aus der Mitte der Kommission. Wo gearbeitet wird, da passieren auch Fehler. Die Kommission stellt fest, dass solche Fehler deutlich abnehmen, was auch auf die kompetente Arbeit der Finanzkontrolle zurückzuführen ist. Weiter hat sich gezeigt, dass einige Fragen der Kommission mit der Aufgabenüberprüfung zusammenhängen, welche im Hinblick auf die neue Legislatur vorbereitet wird. Die Kommission dankt der Finanzkontrolle für ihre wertvolle Arbeit. Der Jahresbericht schliesst aus Sicht der PFK erneut erfreulich ab. Alle Fraktionen begrüssen das gute Ergebnis mit einem Gewinn von 293,2 Millionen Franken und einem Eigenkapital von 5,015 Milliarden Franken. Sie schätzen die finanzielle Situation des Kantons als gut ein. Die Gründe wurden bei einer Mehrheit der Fraktionen bei der Steuerstrategie geortet. Eine Minderheit der Fraktionen monierte die fehlenden Leistungen in Anbetracht der Einnahmen über Budget. Das Ausgleichskonto wird immer mehr geäufnet, Stand Ende 2024: 1,3 Milliarden Franken. Die Investitionen sind gegenüber 2023 gestiegen, wenn die Kapitalerhöhung der Luzerner Kantonalbank (LUKB) ausgeklammert wird. Die Priorisierung der Aufgaben und die Ausgabendisziplin waren einer Mehrheit der Kommission nach wie vor ein grosses Anliegen. Die Zielschwerpunkte wurden in grossem Mass erfüllt. Allfällige Abweichungen, die zum Teil von den Fraktionen noch vorgestellt werden, wurden in den Hearings geklärt. Die Herausforderungen des Kantons lösten breiten Respekt aus. Dazu mahnten die zurzeit stark wechselnden internationalen Verhältnisse zu Vorsicht. Eintreten auf

die Vorlage war für alle Fraktionen unbestritten. Die einzelnen Departementsvorsteherinnen und -vorsteher, die Vertreter der Gerichte, der Luzerner Psychiatrie (Lups) und des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) wurden am 28. Mai und am 2. Juni 2025 zu Hearings eingeladen und die Fraktionen konnten entsprechende Fragen stellen, die von den vorstehenden Regierungsrätinnen und -räten sowie von Fachpersonen aus den jeweiligen Departementen ausführlich und kompetent beantwortet wurden. Im Folgenden berichte ich von einigen Schwerpunkten der einzelnen Departemente oder Gerichte. Der Arbeitsdruck bei den Gerichten ist hoch. Beim Kantonsgericht sind beispielsweise 2188 neue Fälle eingegangen, 2158 wurden erledigt. Der Schwierigkeitsgrad steigt. Die Anzahl der Richter und Richterinnen ist in den letzten 28 Jahren gleich geblieben. Auch bei den Gerichten der 1. Instanz und der Schlichtungsbehörde stiegen die Pendenzen. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) wird erforscht. Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen ist zwingend. Nach wie vor beschäftigen sich die Gerichte stark mit der Digitalisierung. Staatskanzlei: Schwergewichtsthemen der Staatskanzlei waren das Ratsinformationssystem, die Digitalisierung des Kantonsblattes und das Training für den Bezug des Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz. Die Personalaufstockung beim Datenschutz konnte noch nicht erfolgen. Gesundheits- und Sozialdepartement: Die Kommission liess sich über den grossen Bedarf an Plätzen in SEG-Einrichtungen (anerkannte soziale Einrichtungen) informieren. Justiz- und Sicherheitsdepartement: Der Kommission fiel der hohe Abschreibungsbetrag von nicht bezahlten Gebühren und Steuern beim Strassen- und Schifffahrtswesen auf. Weiter erhielt die Kommission Informationen über eine Zusammenlegung des Passbüros und dem Amt für Migration (Amigra) zum Ausweiszentrum. Die Kommission wurde über die kurzfristigen Massnahmen zur Beschaffung von weiteren Haftplätzen informiert. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Schwerpunktthema in der Kommission mit Gästen aus der Kommission Verkehr und Bau (VBK) waren die Aufwände für den Strassenbau. Die Regierung legte Vorschläge vor, welche diskutiert wurden. Die Kommissionen legten ein zukünftiges Vorgehen vor, um dem Wunsch nach mehr Mitteln für den Verkehr, insbesondere den Strassenverkehr, nachzukommen. Eine Diskussion in mehreren Etappen wurde über das Reporting der Nachhaltigkeitsziele geführt. Die Regierung sucht mit der Staatskanzlei nach Lösungen. Eine Bemerkung, die ein solches Reporting verlangte, wurde vor diesem Hintergrund abgelehnt. Bildungs- und Kulturdepartement: Das Departement war in der Kommission Gegenstand vieler Fragen und einer Diskussion über die Anträge aus den Mitberichten. Beteiligungsstrategie: Bei der Beteiligungsstrategie war die Zukunft des LUKS im Hinblick auf die Herausforderungen ein Thema. Die Kommission hat drei Bemerkungen überwiesen, auf die ich bei der Detailberatung eingehen werde. Aus diversen Anträgen Vorstösse noch nicht abzuschreiben, empfiehlt die Kommission sechs Anliegen nicht abzuschreiben. Wir bitten Sie, diesen Anträgen zu folgen. Ich komme bei der Behandlung auf die einzelnen Anträge zurück. Ich danke, dass die Anträge auf Nichtabschreibung in den Fachkommissionen eingebracht wurden. Die PFK hat folgende Beschlüsse genehmigt: Sie schlägt mit 17 zu 0 Stimmen vor, den Jahresberichtes 2024 mit den angenommenen drei Bemerkungen zu genehmigen. Zudem schlägt sie mit 17 zu 0 Stimmen vor, sechs Vorstösse nicht abzuschreiben. Weiter genehmigte sie den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie mit 16 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Für die Mitte-Fraktion spricht Daniel Piazza.

Daniel Piazza: Die Mitte-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Kanton Luzern im Jahr 2024 erneut mit einem sehr positiven Ergebnis abschliesst. Die Erfolgsrechnung weist einen Ertragsüberschuss von 293,2 Millionen Franken aus – ein Resultat, das rund 322 Millionen Franken besser als budgetiert ist. Hauptverantwortlich für dieses erfreuliche

Ergebnis sind erneut die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen, insbesondere bei den juristischen Personen sowie auch bei den natürlichen Personen. Dass sich der Kanton Luzern das siebte Jahr in Folge finanziell auf einem stabilen Erfolgskurs befindet, bestätigt die von der Mitte-Fraktion massgeblich mitgeprägte Standort-, Finanz- und Steuerpolitik. Es zeigt sich: Eine vorausschauende bürgerliche Politik stärkt den Standort Luzern nachhaltig. Die Mitte wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der finanzpolitische Kurs der Vernunft und Disziplin beibehalten wird. Die guten Zahlen dürfen aber nicht zu Sorglosigkeit verleiten. So ist aus Sicht der Mitte trotz der guten Finanzlage weiterhin Masshalten gefragt. Die finanzielle Realität bleibt anspruchsvoll: Der Kostendruck in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung nimmt weiter zu und die geopolitischen Unsicherheiten sowie die möglichen finanziellen Auswirkungen des Entlastungspakets des Bundes auf den Kanton Luzern bergen Risiken. Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025–2028 zeigt bereits ab 2026 wieder negative Ergebnisse mit einem prognostizierten Aufwandüberschuss von 24 Millionen Franken im kommenden Jahr. Dies unterstreicht, dass eine nachhaltige Finanzpolitik mit klarem Ausgabenfokus unverzichtbar bleibt. Ein mindestens ausgeglichener Finanzhaushalt, der die bestehenden Herausforderungen und Risiken auszuhalten vermag, muss auch in Zukunft oberste Priorität haben. So kann der Kanton Luzern finanzielle Schwankungen bewältigen und auf künftig nicht auszuschliessende Einnahmerückgänge vorausschauend und rechtzeitig reagieren. Die Nettoinvestitionen wurden auch 2024 weiter ausgebaut und belaufen sich auf 251 Millionen Franken. Diese konnten innerhalb von vier Jahren von rund 100 Millionen Franken im Jahr 2020 um den Faktor 2,5 gesteigert werden. Die Mitte unterstützt weiterhin gezielte Investitionen in die Zukunft – insbesondere in die Bereiche Sicherheit, Gesundheit, erneuerbare Energien und Infrastruktur. Allerdings gilt es sicherzustellen, dass diese Investitionen effizient und nachhaltig getätigt werden, um den finanziellen Handlungsspielraum langfristig zu bewahren. Kurz: Wir setzen uns für eine Investitionsstrategie mit Augenmass ein. Die hohen Steuereinnahmen – insbesondere von Unternehmen – sind ein Erfolg und ein direktes Resultat der bürgerlichen Standort-, Finanz- und Steuerpolitik. So stiegen die Steuereinnahmen in den letzten Jahren kontinuierlich. Sie beruhen zu einem schönen Teil nicht auf Einmaleffekten, sondern sind nachhaltig. Diese Entwicklung bietet Spielraum für wertvolle Entlastungen des Portemonnaies der Luzernerinnen und Luzerner – etwa durch die Steuergesetzrevision 2025 sowie die bereits beschlossene Senkung des Steuerfusses um 1/20 auf 1,55 Einheiten im laufenden Jahr 2025 sowie eine weitere vorgesehene Senkung im Jahr 2026. Gleichermassen schafft sie Raum für die Steigerung der Attraktivität des Kantons Luzern für Unternehmen. Aber wo Licht ist, da ist auch Schatten. Die Mitte mahnt deshalb zur Vorsicht: Steuereinnahmen sind konjunkturanfällig. Wirtschaftliche Schwankungen sowie geopolitische Spannungen könnten sich in Zukunft spürbar auswirken. Die grössten Fehler macht man bekanntlich dann, wenn es einem gut geht. Darum wird sich die Mitte-Fraktion auch weiterhin dafür einsetzen, dass der finanzpolitische Kurs der Vernunft und Disziplin beibehalten wird. Das heisst: Keine überbordenden Ausgaben, gezielte Investitionen und eine nachhaltige Strategie. Nur so bleibt der Kanton Luzern finanziell stark und wettbewerbsfähig. Für die Mitte ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass nun eine aktive Standortförderung betrieben wird, um die Unternehmen nachhaltig im Kanton Luzern zu halten und neue Unternehmen anzusiedeln. Wenn wir uns heute auf den Lorbeeren ausruhen, werden unsere Nachkommen vielleicht Sparpakete schnüren müssen. An dieser Stelle danken wir der Regierung sowie allen Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung für die grosse und hervorragende Arbeit im Jahr 2024. Wir bedanken uns auch für die weitgehende Budgettreue, die massgeblich zum positiven Jahresergebnis beigetragen hat. Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, wird

den Jahresbericht sowie den Bericht zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen und unterstützt auch die drei Bemerkungen der PFK sowie die sechs Nichtabschreibungsanträge gemäss PFK.

Für die SVP-Fraktion spricht Thomas Gfeller.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Erstellung der Botschaft B 50. Der Geschäftsbericht 2024 vermittelt ein umfassendes Bild der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Kanton Luzern und dokumentiert die Leistungen der kantonalen Verwaltung im vergangenen Jahr. Er zeigt, dass der Regierungsrat seine strategischen Ziele konsequent verfolgt und gleichzeitig flexibel auf aktuelle Herausforderungen reagiert. Die Bilanz fällt insgesamt positiv aus – sowohl in finanzieller als auch in inhaltlich-strategischer Hinsicht. Der Kanton steht finanziell solide da. Dies ist das Resultat einer wirtschaftsfreundlichen Finanzpolitik, für welche die SVP seit Jahren konsequent einsteht und diese auch mitträgt. Besonders hervorzuheben ist das erfreuliche finanzielle Ergebnis: Mit einem Resultat von rund 293 Millionen Franken übertrifft der Kanton das Budget deutlich. Hauptgründe dafür sind insbesondere höhere Steuererträge bei natürlichen und juristischen Personen sowie allgemein gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die solide Finanzlage schafft nicht nur Spielraum für Investitionen, sondern zeugt auch von einer umsichtig geführten Finanzpolitik. Der Kanton Luzern steht damit im interkantonalen Vergleich sehr stabil da. Seit 2018 hat sich im Luzerner Staatshaushalt ununterbrochen ein Ertragsüberschuss ergeben. Die teils defizitären Budgetierungen in den Planjahren mussten korrigiert und aufgrund von höheren Steuereinnahmen musste die Erfolgsrechnung angepasst werden. Mit den in Aussicht stehenden Mehreinnahmen an Steuergeldern über die OECD-Mindestbesteuerung sollte man in den kommenden Planjahren nicht mit weiteren defizitären Budgets rechnen. Im AFP 2025–2028 ist vorgesehen, dass die Senkung der Staatssteuer in zwei Schritten vollzogen werden könnte: 1/20 im Jahr 2025 und 1/10 im Jahr 2026. Die SVP-Fraktion setzt sich ein, dass in den Jahren nach 2026 weitergehende Steuerfuss-Senkungsschritte massvoll eingeplant werden. Der Regierungsrat hat 2024 eine Vielzahl an Massnahmen entlang der Kantonsstrategie umgesetzt, die auf zentrale Megatrends wie Digitalisierung, Globalisierung, gesellschaftlichen Wandel, Ökologisierung und Urbanisierung ausgerichtet sind. Besonders sichtbar wird dies in Projekten wie dem E-Government-Portal, der Reform der Steuer- und Energiegesetzgebung, dem Ausbau des Campus Horw als Leuchtturmprojekt für Bildung, dem Aktionsplan gegen häusliche Gewalt sowie der Weiterentwicklung des Durchgangsbahnhofs Luzern (DBL). Diese Initiativen zeigen, dass der Kanton seine Rolle als moderner, bürgernaher und zukunftsorientierter Dienstleister ernst nimmt und strategisch nachhaltig agiert. Bei den zentralen Aufgabenfeldern werden in fast allen Bereichen wichtige Fortschritte erzielt: In der Bildung wurde die Bildungslandschaft mit gezielten Investitionen in digitale Lernformen, integrative Schulmodelle und eine verbesserte Übergangsgestaltung von Schule zu Beruf, zukunftsfähig weiterentwickelt. Im Bereich Gesundheit und Soziales unterstreichen Programme wie die Pflegeausbildungsoffensive oder die Gesundheitsversorgungsplanung 2024 das Engagement für ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitswesen. Im Bereich Sicherheit und Ordnung hat der Regierungsrat trotz steigender Herausforderungen (z. B. Cyberkriminalität, Justizvollzugsengpässe) rechtzeitig reagiert und strukturelle sowie personelle Massnahmen eingeleitet. Die Herausforderungen, die bleiben. Trotz vieler positiver Entwicklungen zeigen sich strukturelle Herausforderungen, die auch in Zukunft politisches und administratives Handeln fordern: Der Fachkräftemangel betrifft weite Teile der Verwaltung, Schulen und das Gesundheitswesen und zusätzlich beklagen fast alle Departemente personelle

Langzeitausfälle, was Folge dessen zu Budgetüberschreitungen führt. Diese Entwicklung muss beobachtet und notfalls korrigiert werden. Der hohe Investitionsbedarf in Infrastruktur (z. B. Justizvollzug, Verwaltungszentren, Spitalbauten und Strassenbau) muss weiterhin sorgfältig geplant und finanziert werden. Verzögerungen aufgrund von Einsparungen im Strassenbau und im Bereich Naturgefahren gilt es zu verhindern und die Finanzierung geplanter Vorhaben zu sichern. Damit der Motor der Wirtschaft nicht durch Staustunden abgewürgt wird, ist für die SVP zentral, dass der Kanton weiterhin in die Verkehrsinfrastruktur investiert, statt zentrale Strassenprojekte aufzuschieben. Es ist aus unserer Sicht falsch, die Mobilität der Bevölkerung unter dem Deckmantel der Klimadiskussion ideologisch einzuschränken. Die Digitalisierung bringt nicht nur Effizienzgewinne, sondern erfordert auch kontinuierliche Investitionen in Sicherheit, Schulung und Prozessoptimierung. Ein zentrales Motiv, das sich durch den gesamten Bericht zieht, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. In einer Zeit, wo Individualisierung, technologische Umbrüche und wirtschaftlicher Wandel neue Unsicherheiten mit sich bringen, legt der Regierungsrat bewusst Wert auf integrative und unterstützende Politik. Programme zur Integration, Prävention, Bildungsgerechtigkeit und sozialer Teilhabe bilden dabei das Rückgrat einer solidarischen und stabilen Gesellschaft. Die SVP sagt Ja zur Bildung – aber immer mit Fokus auf Leistungsbereitschaft und Integration durch eigene Leistungen und nicht durch strukturelle Aufblähung. Ob beim Lehrpersonal die Aufwertung des Berufes, die finanzielle Wertschätzung und die Schaffung von noch mehr Teilpensen die richtigen Massnahmen sind und zum gewünschten Erfolg führen – diesbezüglich ist die SVP-Fraktion dezidiert anderer Meinung. Schlussbetrachtung: Der Geschäftsbericht 2024 dokumentiert ein Verwaltungsjahr, das von Stabilität, strategischer Weiterentwicklung und finanzieller Stärke geprägt ist. Die Ziele der Organisationen mit kantonaler Beteiligung sind mehrheitlich gut erreicht worden. Der Kanton Luzern präsentiert sich als lernende und zukunftsorientierte Organisation, die sowohl die grossen Linien im Blick hat als auch auf konkrete Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung eingeht. Die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung sind gestellt. Entscheidend wird sein, diesen Kurs auch in den kommenden Jahren konsequent weiterzuverfolgen – mit Innovationskraft, Verantwortung und Bürgernähe. Luzern bleibt nur erfolgreich, wenn der Kanton bescheiden bleibt und den Menschen und Unternehmen Vertrauen entgegenbringt. Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und genehmigt den Jahresbericht 2024 sowie die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Zu den Abschreibungen von Motionen und Postulaten wird sich Reto Frank äussern.

Für die FDP-Fraktion spricht Heidi Scherer.

Heidi Scherer: Die FDP-Fraktion dankt der Luzerner Regierung und Verwaltung für ihre engagierte Arbeit. Die Jahresrechnung 2024 fällt erneut erfreulich aus: Ein Überschuss von 293,2 Millionen Franken zeigt, dass sich der eingeschlagene, bürgerliche finanz- und steuerpolitische Kurs bewährt hat. Zum siebten Mal in Folge bestätigt sich, dass eine liberale, auf Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtete Strategie zu stabilen Staatsfinanzen führt. Besonders positiv wertet die FDP die Entwicklung der Steuererträge juristischer Personen. Sie unterstreicht Luzerns wirtschaftliche Stärke und Attraktivität als Unternehmensstandort mit einem gut ausgebauten Bildungswesen, einer hohen Sicherheit, die es zu halten gilt, einem gut funktionierenden Sozialwesen und einer hohen Zufriedenheit der Bevölkerung bei prosperierender Wirtschaftsentwicklung und attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen. Doch dieser Erfolg darf nicht zu Selbstzufriedenheit verleiten. Globale Entwicklungen, etwa die Folgen der OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Spannungen oder auch strukturelle Herausforderungen, können die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kanton Luzern rasch verändern. Im Exportbereich sind Abschwächungen bereits spürbar.

Deshalb ist es entscheidend, dass der Kanton Luzern weiter in seine Standortqualität investiert – mit Mass, mit Weitsicht und mit Augenmass für die Prioritäten, die den grössten Nutzen für Bevölkerung und Wirtschaft bringen. Die erneute Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist willkommen, wir setzen uns jedoch dafür ein, diese unsicheren Mittel nicht zu budgetieren. Positiv ist auch die Budgetdisziplin der Verwaltung. Die FDP begrüsst dies und erwartet, dass sie sich in den kommenden Jahren fortsetzt. Gleichwohl fällt auf, dass Budgetüberschreitungen bei den Personalkosten vielfach mit langfristigen Ausfällen und einer zunehmenden Zahl an Teilzeitpensen begründet werden. Diese Entwicklung bedarf Aufmerksamkeit. Es ist wichtig, dass organisatorische Abläufe trotz Flexibilisierung weiterhin effizient bleiben – insbesondere im Bildungsbereich, wo eine klare Linie unverzichtbar ist. Auch wenn Massnahmen zur Attraktivierung als Arbeitgeber bereits greifen, darf das Ziel schlanker Ressourcen grundsätzlich nicht aus den Augen gelassen werden. Die kontinuierliche Hinterfragung von Aufgaben auf allen Ebenen gehört zu einer zeitgemässen Verwaltungsführung, gerade in einem sich rasch wandelnden Umfeld. Die gute finanzielle Lage eröffnet Spielräume für Investitionen. Diese sollten gezielt dort erfolgen, wo ein konkreter Mehrwert erzielt wird – sei es bei der Infrastruktur, wo Nachholbedarf beim Verkehr besteht, der Digitalisierung oder im Bildungsbereich. Selbstverständlich ist dabei die Einhaltung der Schuldenbremse. Breite Förderung ohne klare Wirkungsanalyse ist kritisch zu beurteilen. Die Mittel aus dem Förderprogramm Energie wurden erneut nicht ausgeschöpft. Eine saubere Analyse der Ursachen und eine Fokussierung auf wirkungsstarke Fördergegenstände erscheint angebracht. Auch bei Kreditübertragungen in der Investitionsrechnung – die erneut zugenommen haben – erwartet die FDP eine kritischere Prüfung auf Umsetzbarkeit und Notwendigkeit. Es darf nicht zur Gewohnheit werden, genehmigte Mittel einfach ins Folgejahr zu verschieben. Im Bereich der Steuern ist die Entwicklung ausgesprochen erfreulich. Zum ersten Mal wurden beim Fiskalertrag total über 2 Milliarden Franken eingenommen – ein Zeichen für die Dynamik im Kanton Luzern. Die deutlich über dem Budget liegenden Einnahmen bei den Staatssteuern, insbesondere bei juristischen Personen und auch der Grundstückgewinnsteuer, zeigen den finanziellen Spielraum auf. Der Nettoertrag der Staatssteuern pro 1/20 Einheit ist deutlich höher als budgetiert. Diese Entwicklungen sprechen klar für eine Senkung der Steuerbelastung – ein Anliegen, das die FDP selbstverständlich weiterverfolgt. Dabei dürfen wir die Standortattraktivität für natürliche Personen nicht aus den Augen verlieren. Die Auswirkungen der jüngsten Steuergesetzrevision und die Herausforderungen durch die OECD-Mindestbesteuerung verlangen Aufmerksamkeit und gegebenenfalls Anpassungen. Luzern muss für alle Steuerzahlenden – natürliche wie juristische – attraktiv bleiben. Gerade im Bereich der Vermögenssteuern sehen wir noch Potenzial, um gegenüber anderen Kantonen konkurrenzfähig zu sein. Mit der stabilen Finanzlage steigen auch die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat. Hier ruft die FDP zur Zurückhaltung auf. Nicht alles, was finanzierbar erscheint, ist auch sinnvoll. Unterstützungen gehören dorthin, wo sie tatsächlich nötig sind, und dürfen nicht nach dem Giesskannenprinzip verteilt werden. Neue Ausgaben müssen sich an sachlichen und effizienzorientierten Kriterien messen lassen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die anstehende Totalrevision des Finanzausgleichs. Die FDP fordert eine Lösung, die auf Nachhaltigkeit, Fairness und klarer Verantwortung beruht – ohne die Solidarität übermässig zu strapazieren. Einigermassen besorgniserregend ist das schnelle Wachstum in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit, das vielfach mit einem starken Personalausbau einhergeht. Kosten sollten nicht schneller steigen als die Bevölkerung wächst. Andernfalls ist ein Ungleichgewicht absehbar. Auch in diesen Bereichen sind disziplinierende Massnahmen möglich – und notwendig. Die FDP erwartet, dass die

Wirksamkeit von Massnahmen konsequent überprüft und hinterfragt wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass eingesetzte Mittel auch die erhoffte Wirkung entfalten. Ein Beispiel ist der Bildungsbereich, wo sich die Frage stellt, ob die Ziele bei neuen Formen des Unterrichts oder bei den Umstellungen in den Regelklassen tatsächlich erreicht wurden. Ein weiteres erwähnenswertes Thema ist der Umgang mit dem umfangreichen Immobilienportfolio des Kantons. Mit über 500 Gebäuden – teils im Verwaltungs- und teils im Finanzvermögen – besteht Potenzial für eine effektivere Nutzung. Die FDP erwartet, dass Immobilien im Finanzvermögen künftig stärker auf Ertrag ausgerichtet oder zumindest kostendeckend betrieben werden. Wo dies nicht möglich ist, darf auch ein Verkauf als Option nicht ausgeschlossen werden. Die Immobilienstrategie des Kantons muss hierzu konkrete Antworten liefern. Im Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie erkennen wir Fortschritte, doch sehen wir noch Verbesserungspotenzial. Die angepasste aktuelle Beteiligungsstrategie von 2023 beinhaltet die Bemerkung der angemessenen Geschlechtervertretung in den obersten Leitungsgremien, also Verwaltungsrat- und Geschäftsleitungsebene. Bei den jeweiligen Hinweisen bezüglich Geschlechteranteil wird nur auf die oberste Leitungsebene Verwaltungsrat hingewiesen. Eine Bemerkung bezüglich Anteil auf Geschäftsleitungsebene fehlt. Der Hinweis fehlt auch bei den Tochtergesellschaften. Zudem ist die konsequente Steuerung, Lenkung, Kontrolle und transparente Aufsicht bei ausgelagerten Einheiten und Beteiligungen zentral, im Interesse von Effektivität und Effizienz und selbstverständlich auch im Interesse der Steuerzahlenden. Dieses Thema wird immer wichtiger und die Sensibilität dafür hat zugenommen. Die FDP appelliert an die Regierung, dem in Zukunft noch stärkere Beachtung zu schenken. Insgesamt zeigt die Jahresrechnung 2024: Luzern steht finanziell hervorragend da – ein Ergebnis solider, vorausschauender Politik. Doch dieser Zustand ist nicht selbstverständlich. Er verlangt eine Regierung und ein Parlament, die klar priorisieren, effektiv handeln und sich nicht vom Moment blenden lassen. Die FDP bleibt verlässliche Partnerin für einen schlanken, leistungsfähigen Staat, der mit Mass, Verantwortung und liberalem Geist handelt. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird den Jahresbericht 2024 einstimmig genehmigen. Die Bemerkungen 1 und 5 werden wir unterstützen, die Bemerkungen 2, 3, 4 und 6 ablehnen. Bei den Abschreibungen von Motionen und Postulaten folgt die FDP einstimmig den Anträgen der PFK, Antrag 7 werden wir ablehnen. Den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie werden wir einstimmig genehmigen.

Für die SP-Fraktion spricht Priska Fleischlin.

Priska Fleischlin: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung für die Erarbeitung des Jahresberichtes 2024. Was ist ein Jahresbericht? Es ist eine Rechenschaft der Regierung darüber, wie gut sie Ihre Kernaufgabe wahrgenommen hat. Die Aufgabe nämlich, die Steuergelder der Luzerner Bevölkerung und Unternehmen zu verwenden. Dank Daniel Piazza habe das Finanzleitbild 2022 nochmals zur Hand genommen, in dem steht: «Wir erbringen für die ganze Luzerner Bevölkerung in allen Bereichen der kantonalen Zuständigkeit eine gute Grundversorgung.» Wie wurde diese Aufgabe wahrgenommen? Der Jahresbericht zeigt die vielen Aufgabenfelder der Regierung auf und wie komplex diese sind. Die Bevölkerung wächst und damit auch die Aufgaben. Wenn Sie auf das vergangene Jahr zurückblicken, auf Ihr privates Umfeld und wenn Sie an die Zeitungsberichte denken, die Sie gelesen haben und wenn Sie an die Gespräche denken, die sie als Politikerinnen und Politiker geführt haben, dann haben Sie auch von den nachfolgenden Themen gehört. Gesundheit: Menschen mit psychischen Krankheiten, die sich schleichend entwickeln, berichten über lange Wartezeiten, bis sie Behandlung erhalten oder in eine Klinik eintreten können. Wartezeiten von 6 Monaten waren im Jahr 2024 normal. Während dieser Wartezeiten verschlechtert sich

die Situation oft frappant, folglich braucht die Heilungszeit viel länger und die Kosten sind höher. Eines ist klar: Wir haben hier eine Unterversorgung. Die Berichterstattungen haben uns gezeigt: LUKS und Lups setzen auf «ambulant vor stationär» und fördern die Zusammenarbeit mit ambulanten psychiatrischen Angeboten. Eine wichtige und zeitintensive Arbeit, denn sie müssen mehr Menschen, komplexere psychische Probleme mit nicht ausreichenden Mitteln bewältigen. Sie übernehmen nicht gewinnbringende Aufgaben. Was macht der Kanton? Soziale Sicherheit: Sie haben sicher auch von Menschen gehört, die finanziell kaum über die Runden kommen und sich kaum wagen, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung oder Sozialhilfe zu beziehen. Die Kürzungen bei der individuellen Prämienverbilligung von 2017, als Mittel zur Verhinderung von Armut, wurden immer noch nicht aufgeholt. Im Sozialbereich ist bei den Sozialarbeitenden die Anzahl Dossiers so hoch, dass Menschen in Not keine ausreichende Begleitung hin zum gesunden Leben ermöglicht werden kann. Es gibt Schikanen. Wussten Sie zum Beispiel, dass wenn ein Mensch der Sozialhilfe erhält und zum Geburtstag von einem Angehörigen 20 Franken erhält, dies angeben muss und die Sozialhilfe gekürzt wird? Was macht der Kanton? Öffentliche Sicherheit: Vielleicht haben Sie aber auch gerichtliche Verfahren miterlebt und gehört, dass die Gerichtsverfahren im Jahr 2024 sehr lange dauerten, weil Personal fehlt. Oder Sie haben erfahren, dass es im Strafvollzug an Plätzen im Kanton mangelt. Das konnte man im Jahresbericht lesen und in der Berichterstattung hören. Es braucht eine langfristige Gesamtsicht sowie einen zusätzlichen Ausbau von Personal und Strukturen – insbesondere für die Bereiche Untersuchungshaft, Ersatzfreiheitsstrafen und die adäquate Betreuung von Inhaftierten mit psychischen Erkrankungen. Was macht der Kanton mit dem letztjährigen Überschuss? Die Sparrunden aus vergangenen Jahren zeigen sich in voller Pracht: Bei der Polizei hat das Sparpaket dazu geführt, dass die organisierte Kriminalität in Luzern auf dem hohen Niveau von heute ist. Organisierte Kriminalität ist wie Wasser und folgt dem geringsten Widerstand. Ohne Verfolgung des Menschenhandels gibt es keine Fälle des Menschenhandels. Menschenhandel ist erst jetzt wieder Thema, da wir wieder Fachpersonen in diesem Feld haben. Der Jahresbericht zeigt auf, was wir im Alltag hören: Es besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Die Bereiche Cyberkriminalität, Menschenhandel und organisierte Kriminalität müssen dringend interkantonal bearbeitet werden und eine Stärkung der erstinstanzlichen Gerichte ist zentral. Umweltschutz: Wir haben immer noch Seen, die wir mit Beatmung künstlich am Leben erhalten, obwohl die Tierdichte hätte sinken sollen, ist sie gestiegen. Gleichzeitig wird die ganze Umgebung verbaut und damit fehlen natürliche Wassersinkflächen. Wir verbauen das Land und gleichzeitig haben Landwirte den Eindruck, sie seien die einzigen, die für Ökologie zuständig sind. Das darf nicht sein. Wir sehen im Jahresbericht, dass das Ziel bezüglich der Reduktion von Treibhausgasemissionen in laufenden Projekten klar verfehlt wurde. Die Bevölkerung scheint nicht motiviert, Heizungen zu wechseln oder Abfall zu reduzieren. Diesbezüglich sind aus Sicht der SP zu wenig oder falsche Anreize vorhanden. Wirtschaftliche Entwicklung: Mit grossen Augen wird auf die grossen juristischen Steuerzahlenden geschaut. Natürlich sind auch grosse Unternehmen im Kanton Luzern willkommen und auch wir schätzen ihre Steuerbeiträge. Juristische Personen machen gemäss Jahresbericht zwei Drittel der Steuereinnahmen aus. Aber sie sind weniger verankert im Kanton, was Luzern das Fundament gibt, sind die KMU. Da schliesst sich der Kreis der Nachhaltigkeitsziele, die ja bereits zehn Jahre in Kraft sind, im Jahresbericht haben wir sie leider nicht gesehen. Nachhaltigkeit entsteht, wenn ökologische, soziale und wirtschaftliche Themen gemeinsam angegangen werden, wenn wir anerkennen, dass alle Massnahmen nötig sind, um sich gegenseitig zu stärken und nicht zu schwächen. Der Jahresbericht zeigt auf, dass der Regierung die Sprache der Nachhaltigkeit noch nicht

geläufig ist. Für Unternehmen heisst das als Beispiel: Wenn Mitarbeitende krankheitsbedingt ausfallen – die Verwaltung kennt dieses Problem auch – sind sie auf rasche Behandlung angewiesen. Wenn Mitarbeitende eine Familie gründen, sind die Unternehmen dankbar für eine gute Kinderbetreuung, damit ihre Mitarbeitenden wieder arbeiten können. Spitäler, Kinderbetreuung und eine gute Zusammenarbeit mit dem Sozialsystem sind auch für die Unternehmen sehr wichtig. Alle oben genannten Aufgaben lassen den Kanton Luzern mit einem Aufwand von 4,3 Milliarden Franken mit einem Ertragsüberschuss von 293,2 Millionen Franken abschliessen. Das ist der siebte positive Abschluss in Folge. Trotz all den positiven Abschlüssen werden immer wieder knappe Budgets gemacht. Knappe Budgets heisst, dass die Regierung bewusst eine künstliche Verknappung der vorhandenen Ressourcen macht. Das müssen wir nach sieben Jahren ändern. Die Regierung und wir als Kantonsrat verantworten diese Versorgungsknappheit. Wir verantworten, wenn unsere Institutionen wie die Spitäler nicht einen guten Job machen können und wenn Menschen in Armut leben, wenn sie nicht die nötige, umgehende und professionelle Betreuung erhalten, die sie mit ihren Steuergeldern verlangen können. Wenn das Bevölkerungswachstum und damit die steigenden Aufgaben nicht gedeckt sind, müssen wir als Kantonsrat daran arbeiten. Der Kanton hat doch die Aufgabe, seine Massnahmen nicht nur für die Verwaltung gut zu machen, sondern die Umsetzung der ganzheitlichen guten Versorgung des Kantons zu finanzieren. Es soll eine Umlagerung von wohlhabenden zu schlechter gestellten Personen stattfinden und eine nachhaltige Stabilität gewährleistet werden – beides ist möglich. Der Kanton hat den Auftrag, dass Institutionen wie das Spital, die Gerichte, die Polizei und der Strafvollzug und der Bildungsbereich hervorragende Arbeit leisten können. Da helfen keine Steuergeschenke, wenn die Versorgung nicht vorhanden ist. Da hilft auch kein Selbstlob darüber, wie stolz und freudig man über einen erneut positiven Abschluss ist. Die SP beantragt, dass die Regierung ihr Narrativ und diese Sparsamkeitssprache ändert und im nächsten Budget und AFP die Finanzierung für die breite Bevölkerung des Kanton Luzern erhöht: Zahlbare Wohnungen, Sicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, Umsetzung der Klimamassnahmen, eine gute Integration, starke Bildung und Gesundheitsversorgung sind für den Kanton Luzern und alle Einwohnenden zentral. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein.

Für die Grüne Fraktion spricht Fabrizio Misticoni.

Fabrizio Misticoni: Bereits zum siebten Mal in Folge erzielt der Kanton Luzern einen Gewinn von 293,2 Millionen Franken und liegt damit 322 Millionen Franken über dem Budget. Zum siebten Mal wurde die vorsichtige Prognose übertroffen. Das ist sehr erfreulich. Wir konstatieren somit eine Kontinuität in den Erträgen, namentlich bei den juristischen Personen. Gleichzeitig ist auch die Budgetdisziplin in der Verwaltung positiv zu erwähnen. Positiv konstatieren wir auch das gesteigerte Investitionsvolumen. Zufrieden konstatieren können wir zudem, dass unsere langjährige Forderung nach einer realistischeren Steuerprognose immerhin teilweise umgesetzt wurde. Positiv bewerten wir ebenso, dass inzwischen sowohl von Seiten Regierung als auch von Seiten Parlament von nachhaltigen Steuereinnahmen gesprochen wird und eine gewisse Stetigkeit der Erträge auch so budgetiert wird. Die aktuellen Ergebnisse so hoch über Budget zeigen aber auch, dass die Schätzung nach wie vor zu vorsichtig ist. Leider wiederholen sich aber nicht nur die positiven Abschlüsse, sondern auch die Aussagen bei den Chancen und Risiken, und insbesondere die Aussagen zu den nicht erfüllten Aufgaben. Ich erwähne hier nur einige aus unserer Sicht problematische Entwicklungen oder eben Nichtentwicklungen. Bei der Umsetzung der Lärmschutzmassnahmen wurde im Vergleich zu 2023 kein Fortschritt erzielt, es wird immer noch eine Zielerfüllung von 4 Prozent ausgewiesen, obwohl 12 Prozent geplant waren. Erneut

stagniert die Umsetzung des Radroutenkonzeptes auf einem ohnehin schon sehr tiefen Niveau, man hat sich auch gar kein Ausbauziel gesetzt. Und wir sind sehr kritisch, wie die Erfolgsmessung in der neuen Velonetzplanung abgebildet und vor allem überprüft werden soll. Auch die bisherige Umsetzung des Planungsberichtes Klima und Energie lässt sehr zu wünschen übrig. In drei von fünf Sektoren – Gebäude, Verkehr und Abfall – sind wir bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen hinter den sowieso schon wenig ambitionierten Zielen. Man darf aber auch konstatieren, dass man in den Bereichen Landwirtschaft und Industrie auf Kurs ist. Positiv erwähnen darf man auch, dass im Bereich Naturgefahren nun ein grosser Investitionsfortschritt geschaffen wurde. Etwas, das uns und viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner sehr besorgt, ist die Berichterstattung des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) über die Zunahme der organisierten Kriminalität. Aus unserer Sicht ist es imminently wichtig, dass hier den Analysen oder der Gefahr der Zunahme auch Massnahmen folgen. Dazu konnten wir in der Zweijahresbilanz der Regierung auch Absichtserklärungen hören. Wir sind sehr gespannt und hoffen, dass entsprechende Massnahmen umgesetzt werden können, was wir unterstützen würden. Der alljährliche Jahresbericht ist ein Rückblick, zwingt uns aber auch zum Ausblick auf die kommenden Herausforderungen. Es ist deshalb sehr bedauerlich, dass die Messung der Nachhaltigkeitsziele bzw. das Reporting nicht abgebildet ist, das fehlt und wir sind davon ausgegangen, dass dies auf den Jahresbericht 2024 umgesetzt wird. Der Kommissionspräsident hat erwähnt, dass wir in der PFK intensiv darüber diskutiert haben und wir von verschiedenen Stellen verschiedene Antworten erhalten haben, weshalb es noch nicht geklappt hat. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Herausforderungen im Vergleich zum letzten Jahr leider nicht weniger geworden sind, im Gegenteil. Es liegt an der Regierung aber auch an diesem Rat, diese Herausforderungen mit Blick auf den AFP und die nächsten Jahre anzugehen und zu planen. Wir Grünen fordern eine nachhaltige und transparente Finanz- und Investitionspolitik, eine Debatte die klar benennt, welche Mehrausgaben für die Herausforderungen der Zukunft unabdingbar sind und welche Projekte möglicherweise nicht mehr zeitgemäss sind. Wichtig dabei: Der Kanton muss ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, der zur Gesundheit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sorge trägt, auch das ist nachhaltig. Wir brauchen vorausschauende und nachhaltige Investitionen, die der breiten Bevölkerung dienen und unseren Kanton unter anderem bei den Themen bezahlbarer Wohnraum, Mobilitätswende, Klimaanpassungen, Biodiversität und sozialer Gerechtigkeit voranbringen. Tiefe Steuern sind nämlich nicht die einzigen Standortfaktoren, die einen Kanton lebenswert machen. Genauso wie man bei den Ausgaben nicht übermütig werden sollte, sollte man aber auch bei der Senkung von Steuern nicht übermütig werden. Wir haben es auch in den Voten meiner Vorrednerinnen und Vorrednern gehört, eine volatile Weltlage bedingt eine resiliente Finanzpolitik, die sich den Handlungsspielraum erhält und nicht voreilig einschnürt. Wir danken Regierung und Verwaltung für die Erstellung der umfassenden Botschaft. Ein grosser Dank geht auch an das gesamte Team der Finanzkontrolle für seine wichtige Arbeit, welche die Arbeit der Kommission und des Parlaments unterstützt. Zu den Anträgen und Bemerkungen werden wir uns im Anschluss äussern. Die Grüne Fraktion ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Wenn Sie erwarten, zum sechsten Mal das Gleiche wie heute Morgen zu hören, kann ich Ihnen sagen, dass das nicht der Fall ist. Nach dem Motto «die Letzten werden die Ersten sein» darf die GLP Ihnen nicht nur die positive Entwicklung der vorliegenden Jahresrechnung vorstellen, sondern es freut uns sagen zu können, dass es so weitergeht. Anstatt einem satten Minus ein sattes Plus, die Details dazu entnehmen Sie der

entsprechenden Medienmitteilung. Ich will damit sagen, dass es so weitergeht. Das ist nach Ansicht der GLP sehr erfreulich, insbesondere, weil es sich abzeichnet, dass auch die Entwicklung bei den natürlichen Personen, die ja weniger volatil sind, gut ist. Trotzdem sind auch wir der Meinung, dass der Kanton nicht überborden und einfach nur Ausgaben tätigen darf. Denn es ist zu bedenken, dass ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen aus US-Firmen stammt – und wie unberechenbar dies ist, zeigt sich wohl in der momentanen Situation sehr deutlich und seit letzter Woche noch mehr. Die aktuelle weltpolitische Lage fördert diese Volatilität. Deshalb kann sich die Situation sehr schnell ändern und wir stehen an einem anderen Ort. Unsere finanzielle Situation wird sicherlich auch durch das Massnahmenpaket des Bundes befeuert, aber wir brauchen gar nicht so weit zu gehen. Wir selbst – und zwar von links bis rechts – beschliessen Mehrleistungen, sei dies im Sozialen oder aber in der Gesundheitsversorgung. Davon ist keine Partei ausgenommen. Deshalb sind wir alle dafür verantwortlich, dass es dem Kanton Luzern auch in den nächsten Jahren gut geht. Ich fokussiere mein Votum auf die konsolidierte Rechnung. Diese schliesst nur dank des sehr guten Abschlusses der Kernverwaltung sehr positiv mit einem Ertragsüberschuss von über 300 Millionen Franken ab. Erfreulich ist die Entwicklung bei der Universität und dass auch Lustat sowie der Verkehrsverbund Luzern (VVL) wieder auf Budgetkurs sind. Wobei beim VVL ein Verlust von 3,2 Millionen Franken nur bedingt der Budgetkurs sein dürfte. Der Finanzdirektor hat ebenfalls schon angekündigt, dass es dort zu Änderungen kommen sollte. Wie empfindlich die Institutionen auf ein Mengengerüst reagieren, zeigt der Fall der Pädagogischen Hochschule (PH). Weniger Studierende und schon resultiert ein zehnfach höherer Verlust als angenommen. Im Moment können die Verluste über das Eigenkapital getragen werden, aber das kann nicht die Zukunft sein. Sorgen bereitet uns die finanzielle Situation des LUKS. Das LUKS schliesst um fast 24 Millionen Franken schlechter ab, als eh schon Verlust budgetiert war. Gemäss Ausführungen erfolgte dies hauptsächlich aufgrund der Lohnentwicklung und dem Massnahmenpaket Magnet. Wir unterstützen die Notwendigkeit dieser Massnahmen angesichts des grassierenden Fachkräftemangels. Aber angesichts der bevorstehenden Investitionen ist ein derartiger Verlust nicht unwesentlich. Aktuell liegt das Eigenkapital noch bei 470 Millionen Franken, allerdings stehen dem auch 570 Millionen Franken Fremdkapital gegenüber. Bei der Debatte im Herbst geht es darum, diese Kosten im Griff zu haben, aber auch bei unserer Rolle zu bleiben und so dem LUKS die Möglichkeit zu geben, zu agieren, unternehmerisch zu handeln und diese Freiheiten zu nutzen. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Zu den einzelnen Anträgen äussern wir uns anlässlich der Detailberatung. Ich hoffe, dass mir der Finanzdirektor meinen Primeur verzeiht.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Gerne äussere ich mich zu einigen zentralen Aussagen Ihrerseits. Eine Mehrheit Ihres Rates hat darauf hingewiesen, dass das vorliegende Ergebnis sehr erfreulich und keine Selbstverständlichkeit ist und mahnt zur Zurückhaltung, damit auch die Zukunft erfreulich bleibt. Diesbezüglich kann ich Ihnen nur zustimmen. Es wurde auch verschiedentlich auf die Risiken hingewiesen. Diese sind der Regierung sehr bewusst und wir versuchen mit einem guten Chancen-Risiko-Management auch hier Ihre Haltung mitzunehmen und das entsprechend einzuordnen. Sie haben geäussert weiter darauf Wert zu legen, dass bei den Investitionen Anstrengungen unternommen werden. Das ist nachvollziehbar und im Grundsatz spricht nichts dagegen. Ich bitte Sie einfach zu beachten, dass die finanziellen Mittel allein nicht ausreichen, um diese Investitionen umzusetzen, sondern wir auch auf die erforderlichen personellen Ressourcen angewiesen sind. Diesbezüglich mahnen Sie uns ja immer wieder zu einer gewissen Zurückhaltung. Selbstverständlich habe ich auch jene

Stimmen gehört, die nicht nur Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht haben. Ich habe eine kritische Bemerkung zu den Spitälern gehört. Ich glaube, dass das LUKS im vergangenen Jahr keinen sehr erfreulichen Abschluss präsentiert hat. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass das LUKS dank engagierten Mitarbeitenden tagtäglich eine hervorragende Leistung erbringt. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass wir beim Planungsbericht Klima und Energie nicht auf Kurs seien. Ich glaube bei aller Objektivität darauf hinweisen zu dürfen, dass der Kanton Luzern in diesem Bereich schweizweit ein Vorzeigekanton ist. Die Aussage bezüglich Immobilien kann ich gar nicht unterstützen. Der WWF ist diesbezüglich ein unverfänglicher Kritiker der Luzerner Regierung und hat uns bezüglich der Immobilien sehr gute Noten ausgestellt. Die finanzielle Lage des LUKS ist auch uns wichtig. Wir befinden uns in einem guten, konstruktiven Austausch und achten gemeinsam mit den Verantwortlichen des LUKS darauf, dass die grossen anstehenden Investitionen auf einer gesunden finanziellen Basis des LUKS basieren. Sie dürfen dabei auf unsere notwendige Achtsamkeit vertrauen. Nun bin ich auf die Diskussion zu den Anträgen gespannt.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Bemerkung PFK zu Allgemein: Ab dem kommenden AFP 2026–2029 sollen in allen Planjahren sämtliche Globalbudgets der Aufgabenbereiche, die gegenüber dem jeweils vorherigen AFP erhöht wurden, detaillierter begründet werden. In der Vergangenheit gab es grosse Unterschiede bei den jeweiligen Kapitel 6.3 in den Aufgabenbereichen («Veränderungen gegenüber dem Vorjahres-AFP»). Es soll ein Mindest-Detaillierungsgrad gesetzt werden, der bei allen Aufgabenbereichen mit höheren Globalbudgets (1.) eine detaillierte Begründung für die Erhöhung (inkl. Detailzahlen und Detailbegründungen) sowie (2.) eine Begründung, warum innerhalb des Aufgabenbereichs nicht kompensiert werden konnte, umfasst.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Regierungsrat versteht das Anliegen, nach aussagekräftigen und in der Detaillierung einheitlichen Formulierungen bezüglich der Abweichungen zum Vorjahres-AFP. Das betrifft ja in erster Linie die grossen Aufgabenbereiche oder Bereich mit Abweichungen zum Vorjahr. Die sachlich bereits heute vorhandenen Begründungen sollen entsprechend ergänzt werden mit Aussagen, inwieweit die Abweichungen aus exogenen, nicht beeinflussbaren Ursachen stammen und selbstverständlich Überlegungen zu möglichen Kompensationen. Wir sind bereit, diese Bemerkung entgegenzunehmen und eine Optimierung anzustreben. Die Dienststelle Finanzen wird es prüfen, die Basis dazu leisten die einzelnen Departemente.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 83 zu 26 Stimmen zu.

Die nachfolgende Bemerkung wurde zurückgezogen:

Bemerkung Priska Fleischlin / Fabrizio Misticoni zu Allgemein: Die Erreichung der im Legislaturprogramm gesetzten Nachhaltigkeitsziele soll in einem geeigneten Reporting (entsprechend der Antwort auf Anfrage A 200) periodisch dem Kantonsrat vorgelegt werden.

Bemerkung Priska Fleischlin zu Allgemein: Es soll geprüft werden, wie die Transparenz über den Stand der Planungsberichte gewährleistet wird und in welchem Intervall der Kantonsrat informiert werden kann.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die Bemerkung lag der PFK in diesem Wortlaut nicht vor.

Priska Fleischlin: Diese Bemerkung haben wir eingereicht, weil die Umsetzung der Planungsberichte für unseren Rat wichtig ist. Oft ist uns der Stand nicht bekannt, aber wir möchten wissen, wie es mit der Umsetzung vorangeht. Oftmals fragen einzelne

Kantonsratsmitglieder in den Departementen nach und lassen sich über den Stand informieren. Dabei erfahren sie zum Teil, dass es zu Verzögerungen kommt und Schwierigkeiten bestehen. Trotzdem ist es im Interesse von uns Politikerinnen und Politikern genau Bescheid zu wissen, ob weitere politische Massnahmen erforderlich sind. Das gibt uns auch die Möglichkeit, mit der Verwaltung in Kontakt zu treten. Es erschliesst sich uns nicht, weshalb die Regierung hier nicht mehr Transparenz zulässt. Schliesslich geht es darum, dass sie den aktuellen Stand ausweisen kann. Wir möchten gerne einen Bericht aber der Regierung auch die Möglichkeit geben, welcher Intervall aus ihrer Sicht denkbar ist.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Aufgrund einer überwiesenen Bemerkung haben wir im AFP 2025–2028 erstmals eine Übersicht über alle Planungsberichte, geordnet nach den Hauptaufgaben, aufgenommen und entsprechend dargestellt. Das werden wir auch im kommenden AFP und in den Folgejahren für die laufenden Tätigkeiten tun. Was nicht möglich ist im Rahmen des Jahresberichtes, ist eine inhaltliche Auslegeordnung zu den einzelnen Planungsberichten. Ich glaube, dort ist es die Aufgabe der Fachkommissionen, entsprechend nachzufragen und die Diskussion zu führen. Das würde wohl auch die jeweilige Diskussion im Rat über den Jahresbericht sprengen. Daher bitte ich Sie, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 85 zu 27 Stimmen ab.

Bemerkung Priska Fleischlin zu Allgemein: Die Nachträge aus Steuern der juristischen und natürlichen Personen sowie die Nachträge aus den Sondersteuern sollen jeweils im Voranschlag budgetiert werden. Basis bildet dabei das durchschnittliche Nachtragsvolumen der Vorjahre.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Diese Bemerkung lag der PFK nicht vor.

Priska Fleischlin: Wie ich in meinem Eintretensvotum erklärt habe, sehen wir in diesen Korrekturen ein Problem, weil es immer wieder zu Abweichungen zum Budget kommt. Aus unserer Sicht reicht das Budget bei wichtigen Bereichen nicht aus, die für die ganze Bevölkerung wichtig sind, nämlich der Bildung, Sozialem, Gesundheit, Polizei und Strafverfolgung. Themen, die auch aus Ihrer politischen Sicht wichtig sind. Wir beantragen deshalb, dass die enormen Korrekturen und Gewinne des Kantons besser eingeplant werden können und eine gute Versorgung der Bevölkerung auch tatsächlich stattfinden kann. Sieben Jahre zu tiefe Budgets und die ständige Sprache des Sparens schüren bei der Bevölkerung Ängste und wirken sehr irreführend. Steuereinnahmen von Grossunternehmen sind volatile Einnahmen, das wird immer wieder betont. Es sind aber auch Einnahmen, die im Sinn der SP dem ganzen Kanton zur Verfügung stehen sollten. In Bezug auf die Vorgehensweise ist das eine wichtige Anpassung. Wenn das durchschnittliche Nachtragsvolumen der Vorjahre bei den nächsten Budgets verwendet wird, werden diese mit den tatsächlichen Ergebnissen zusammengeführt. So werden die Budgetplanung und der AFP viel solider. Wir bitten Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Marcel Budmiger: Natürlich sind Sie nicht verpflichtet, über unsere Bemerkungen zu diskutieren. Da Sie heute Morgen von einer vorausschauenden Finanzplanung und Finanzpolitik gesprochen haben, gehe ich davon aus, dass Sie unsere Bemerkung unterstützen. Wir werden jährlich überrascht, wenn die Hochrechnung oder neue Zahlen zur OECD-Mindestbesteuerung vorliegen, weil es immer viel besser oder bei der OECD-Mindestbesteuerung zum ersten Mal etwas schlechter aussieht. Normalerweise werden wir überrascht und müssen uns anpassen. Zum Thema vorausschauend: Donald Trump wird nachgesagt, dass er im Minutentakt die Meinung ändert, das tun Sie nicht. Aber in Bezug auf

die Steuerpolitik und wie mit diesen OECD-Geldern umgegangen werden soll, wechselt die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die sich immer absprechen, ohne uns mit einzubeziehen, etwa alle zwei bis drei Monate: Was tut man jetzt? Soll man die OECD umgehen? Soll der Verteiler wieder geändert werden oder doch nicht? Zudem wird bereits die nächste Steuergesetzrevision aufgegleist, bevor über die letzte abgestimmt wurde. Das ist alles andere als vorausschauend. Ich möchte Sie bitten, sich entweder nicht mehr so zu verhalten oder tatsächlich eine vorausschauende Politik zu betreiben. Das heisst, lassen wir uns nicht jedes Jahr überraschen, diese Nachsteuern kommen immer, also setzen wir sie auch im Budget ein.

Fabrizio Misticoni: Die Beweggründe für diese Bemerkung können wir absolut nachvollziehen. Auch wir finden es stossend, dass häufig oder seit sieben Jahren zu konservativ budgetiert wird. Aber wie die Bemerkung umgesetzt werden soll, dem stehen wir eher kritisch gegenüber. Aus unserer Sicht kann es nicht einfach nur der Durchschnitt sein, sondern man müsste klarer wissen, auf was sich dieser Durchschnitt bezieht. Letztes Jahr waren die Nachträge auch einmal negativ. Nachträge sind sehr volatil. Mit dieser Bemerkung erreichen wir nicht das, was wir wollen. Der Auftrag an die Regierung müsste anders lauten. Anlässlich der Information zur Hochrechnung haben wir erfahren, dass man sich ein neues Regelwerk gibt. Wir hoffen sehr, dass dieses Regelwerk besser funktioniert. Wir sind der Ansicht, dass die Bemerkung, so wie sie formuliert ist, nicht umgesetzt werden kann. Das ist unser einziger Kritikpunkt, weshalb wir sie ablehnen.

Eliane Graber: Nachträge sind unsichere, nicht planbare Einnahmen. Sie im Budget stärker zu berücksichtigen, würde das Bild der finanziellen Lage verzerren und eine scheinbare Planungssicherheit schaffen. Das widerspricht dem Prinzip einer vorsichtigen Finanzpolitik, weshalb die Mitte-Fraktion die Bemerkung ablehnt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Jetzt wird es etwas technisch. Das kantonale Rechnungslegungsmodell unterscheidet sich stark von jenem der Luzerner Gemeinden. Die Gemeinden wenden das Prinzip der Soll-Stellung an. Das heisst, sämtliche im Rechnungsjahr fakturierten Steuern, egal aus welcher Steuerperiode, werden im jeweiligen Jahr der Jahresrechnung abgebildet. Die kantonale Rechnungslegung ist unterschiedlich. Die Regelungen bezüglich der Definition des kantonalen Steuerertrags sind in der Systematischen Rechtssammlung in der Verordnung zum Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLV) unter § 52, Absatz 2, litera b enthalten. Unser Modell entspricht einer periodengerechten Abgrenzung, das heisst, es werden die für eine Steuerperiode in den Folgejahren zu erwartenden Nachträge abgegrenzt und damit im ausgewiesenen Rechnungsjahr abgebildet. Wir haben es gehört, dies basiert auf einem Regelwerk. Die in den Folgejahren zwangsläufig entstehenden Differenzen zwischen der ursprünglich verbuchten Erwartung, nämlich der Abgrenzung und den tatsächlich in Rechnung gestellten Steuern durch die Veranlagung, werden in den Folgejahren als periodenfremde Korrekturen erfolgswirksam. Das ist einfach zu verstehen, oder? Aufgrund dieser Ausführungen zu unserer periodengerechten Budgetierung des Steuerertrags können keine Nachträge explizit ausgewiesen werden, das würde dem Gesetz widersprechen. Ich bitte Sie deshalb, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 94 zu 19 Stimmen ab.

Bemerkung PFK zu S. 219 / H9-4031 FD Finanzen: Im AFP 2026–2029 soll in der gesamten Planungsperiode keine Gewinnausschüttung der SNB eingeplant werden.

Daniel Piazza: Die Mitte-Fraktion unterstützt diese Bemerkung der PFK. Mit Blick auf die hohe Volatilität der SNB-Gewinnausschüttungen drängt es sich auf, dass bis auf Weiteres – sprich in der nächsten AFP-Planperiode 2026–2030 – darauf verzichtet wird, diese Gelder

frühzeitig einzustellen. Diesbezüglich möchten wir auf die soeben veröffentlichte Hochrechnung hinweisen, bei der drei Tranchen in der Grössenordnung von über 90 Millionen Franken eingerechnet sind. Diese Bemerkung unterstützt den bereits vom Regierungsrat eingeschlagenen Kurs, keine dieser Gelder im AFP einzustellen, was wir unterstützen.

Michael Ledergerber: Ich bin sehr erstaunt über diese Bemerkung der PFK und kann es auch nicht nachvollziehen. Mit der Bemerkung wird einfach der Weg der Regierung unterstützt. Wir haben 2023 aufgrund des Verlustes der SNB entschieden, im Voranschlagsjahr 2024 und in den Planjahren 2025–2027 auf die Budgetierung der SNB-Ausschüttungen zu verzichten. Das bedeutet, dass für den Kanton kein Ausfallrisiko besteht. Zudem haben wir schon im Finanzleitbild 2022 festgelegt, wie wir die Abhängigkeit von den SNB-Ausschüttungen reduzieren können. Dannzumal war die Situation noch anders, wir haben fünf Tranchen budgetiert und sechs wurden ausbezahlt. Also schon mehr als fünf Jahre versuchen der Regierungsrat und unser Rat die Abhängigkeit von den SNB-Geldern zu reduzieren. Bis 2027 wird auch keine Ausschüttung in einem Voranschlag zu stehen kommen. Auch im letzten AFP 2025–2028 ist keine SNB-Ausschüttung eingearbeitet. Es herrscht in beiden Räten Kosens. Für mich scheint diese Bemerkung einmal mehr für die Galerie zu sein. Ich frage mich, was die bürgerliche dominierte PFK mit dieser Bemerkung der Öffentlichkeit oder dem Regierungsrat sagen oder demonstrieren will. Ist es, seht her, wir sorgen uns um die Finanzen des Kantons und vermindern das Risiko einer gefährlichen Abhängigkeit, obwohl wir das Ausfallrisiko schon seit Jahren klein halten und indem wir im AFP und Vornaschlag seit Jahren keine Ausschüttungen mehr vornehmen? Oder traut die Kommission dem Regierungsrat in diesem Zusammenhang nicht über den Weg, die Situation je nach Jahr richtig zu analysieren? Ich weiss es nicht. Diese Bemerkung braucht es definitiv nicht, da unser Rat und der Regierungsrat seit 2022 die Abhängigkeit der SNB-Ausschüttungen reduzieren will und dies seit 2024 auch tut. Aus diesen Gründen ist die Bemerkung obsolet und bringt keinen Mehrwert. Ich hoffe, dass uns der Regierungsrat bei der Ablehnung folgt.

Fabrizio Misticoni: Wir verstehen die Absicht der Bemerkung und die grundsätzliche Haltung kann unterstützt werden. Aus Sicht der Grünen Fraktion ist sie aber absolut nicht nötig. Die Bemerkung bekräftigt lediglich die Haltung der Regierung, die sie angesichts der volatilen Lage in der Welt und an den Finanzmärkten sowieso einnimmt. Mein Vordredner hat die Historie gut aufgezeigt. Diese Bemerkung ist nicht nötig. Wenn wir aber schon von diesen Geldern sprechen: Im Zusammenhang mit unverhofft eintreffenden SNB-Millionen weise ich gerne auf die Forderung der Motion von Patrick Hauser hin, bei der es um die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung der Massnahmen aus dem Klima- und Energiebericht geht. Dort heisst es: «Der Fonds soll über Zuweisungen eines Anteils der Ausschüttungen der SNB geäufnet werden.» Das kann man ebenfalls wiederholen und verstätigen. Die Bemerkung lehnen wir aber ab.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion stimmt der Bemerkung zu, denn mit unsicheren Einnahmen ist nicht zu budgetieren. In früheren Jahren wurden die SNB-Gelder budgetiert, trafen aber nicht ein und man kam unter Druck. Das muss vermieden werden. Wenn es aber zu einer solchen Auszahlung kommt, ist diese nicht für fixe Ausgaben einzusetzen, sondern allenfalls zur Deckung von Defiziten oder für Steuersenkungsmassnahmen.

Daniel Piazza: Michael Ledergerber hat gefragt, weshalb wir die Bemerkung unterstützen. Gesteuert wird immer über das Jahr, das neu beim nächsten AFP hinzukommt, das ist 2029. Darum ging es uns, diesbezüglich gebe ich Ihnen recht. Die Unabhängigkeit von den SNB-Geldern ist der Mitte sehr wichtig.

Heidi Scherer: Wie ich in meinem Eintretensvotum erklärt habe, ist die FDP-Fraktion klar

dafür, dass diese Gelder nicht budgetiert werden. Ich kann mich daran erinnern, als die Gelder vor Jahren gefehlt haben, weil jahrelang damit gerechnet und budgetiert wurde. Es macht Sinn, dass diese Gelder entweder für einen möglichen Schuldenabbau oder Investitionen genutzt werden können. Die FDP-Fraktion stimmt der Bemerkung zu.

Claudia Huser: Wir haben uns ebenfalls über die Bemerkung gewundert. Die GLP-Fraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Gelder nicht budgetiert werden sollen. Für uns ist dieses Thema längst erledigt. Das scheint aber nicht überall der Fall zu sein. Wir stimmen der Bemerkung zu, da es uns wirklich ein Anliegen ist, dass diese SNB-Gelder nicht mehr budgetiert werden. Nützt es nichts, so schadet es auch nichts.

Michael Ledergerber: Es herrscht Konsens in beiden Räten. Wir halten die Bemerkung grundsätzlich für richtig und sie wird ja bereits umgesetzt. Daher ist die Bemerkung obsolet.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Im letztjährigen AFP hat der Regierungsrat darauf verzichtet, eine Ausschüttung der SNB einzuplanen. Aufgrund der aktuellen Situation sieht es auch nicht so aus, als ob es sich in den Jahren 2026–2029 aufdrängen würde, eine Ausschüttung anzunehmen. Grundsätzlich arbeiten wir nach dem True-and-Fair-View-Prinzip, aber die aktuelle Situation ist so, dass wir nicht davon ausgehen. Daher opponiert der Regierungsrat dieser Bemerkung nicht.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 85 zu 26 Stimmen zu.

Bemerkung PFK zu S. 223 / H9–4061 FD Finanzen: Im AFP 2026–2029 soll ein Szenario dargestellt werden, aus welchem ersichtlich ist, welchen Einfluss ein Wegfall der gesamten OECD-Mehreinnahmen oder grosser Teile davon auf den Finanzplan hätte.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Diese Frage wurde in der PFK diskutiert. Nach gewalteter Diskussion wurde die Bemerkung mit 8 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Es ging um die Frage, wie sie hier gestellt ist oder um eine gesamte Chancen-Risiko-Beurteilung. Diese beiden Richtungen hat man einander gegenübergestellt.

Simone Brunner: In jedem AFP findet eine umfangreiche Risikobeurteilung statt, zum Beispiel zu schwankenden Fiskalerträgen oder nationalen Steuervorlagen und die Auswirkungen auf den Kanton. Ich bin der Überzeugung, dass dies auch im nächsten AFP vorgesehen ist. Ich sehe den Mehrwert nicht, ein entsprechendes Szenario zu erstellen. Was für ein Szenario? Uns allen ist die Vorlage über die Weiterentwicklung zur Standortförderung bekannt. Es ist relativ klar, bei welchen Aufgaben wir Handlungsspielraum haben und bei welchen nicht. Bei den gebundenen Massnahmen haben wir keinen Handlungsspielraum, bei den ungebundenen schon. Ich glaube, das ist unser Szenario, auch im Rahmen der AFP-Debatte hier im Rat. Dort werden wir gemeinsam ein politisches Szenario darüber erstellen, welche Bedeutung der Ausfall dieser Gelder hat. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat das in seiner Risikobeurteilung berücksichtigt. Die Bemerkung bringt keinen Mehrwert, sondern ist einfach eine Aufgabenbeschaffung. Die SP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Claudia Huser: Wie von Simone Brunner ausgeführt, haben wir ein integriertes Chancen-und-Risiko-Management. Wir erwarten von der Regierung, dass sie dieses jeweils vorsichtig und umsichtig adaptiert. In der heutigen Hochrechnung haben wir gesehen, dass Anpassungen vorgenommen werden, gerade bei den OECD-Geldern. Das wurde bereits letzte Woche angezeigt. Es ist nicht klar, weshalb genau in diesem Fall separat ein Null-Szenario ausgewiesen werden soll. Wir erwarten von der Regierung kein Null-Szenario, sondern ein möglichst realistisches Szenario. Wenn es ein Null-Szenario ist, dann gehört die

Umsetzung zum Grundauftrag der Regierung. Dazu ist keine Bemerkung nötig.

Heidi Scherer: Im AFP arbeitet man bereits mit Szenarien, mit Eintretenswahrscheinlichkeiten und risikobasiert. Darum werden auch mögliche negative Entwicklungen bereits berücksichtigt, zum Beispiel bei den Steuererträgen. Wir erachten es schlicht als nicht nötig, dass speziell für die OECD-Mehreinnahmen ein Szenario erstellt werden soll. Unserer Meinung nach wird das Anliegen bereits mit der Gesamtbeurteilung abgedeckt. Die FDP-Fraktion lehnt die Bemerkung daher ab.

Daniel Piazza: Die OECD-Mehreinnahmen der nächsten Jahre dürften aller Voraussicht nach von ausserordentlich hoher Volatilität geprägt sein. Die Strategie des Regierungsrates, diese Einnahmen als Ausgangspunkt für Ausgaben zu nehmen und Ausgaben soweit möglich prozentual vorzunehmen, begrüßen wir. Trotzdem gibt es einige fixe Kostenblöcke wie z.B. die Finanzierung der Kinderbetreuung. Wir finden es deshalb sinnvoll – unter Berücksichtigung der nicht von der Hand zu weisenden Risiken – das Null-Szenario eines Wegfalls der OECD-Mehreinnahmen oder grossen Teilen davon durchzudenken. Das ist viel wahrscheinlicher als bei anderen Themen, die im AFP abgedeckt werden. Immerhin sprechen wir in der anstehenden AFP-Planperiode von 300 bis 400 Millionen Franken jährlich, das sind vier Steuerzehntel oder 10 Prozent des Luzerner Finanzhaushaltes. Was wäre wenn, ist die Überlegung dahinter, also ein Stress-Szenario. Ein solches haben wir noch nicht im AFP und das ist eines. Das braucht es im 4-Milliarden-Haushalts des Kantons Luzern, um dem Problem begegnen zu können. Das ist der Mehrwert, nach dem Simone Brunner gefragt hat. Die Mitte-Fraktion stimmt der Bemerkung zu.

Reto Frank: Sowohl der Regierungsrat als auch unser Rat hat bereits konkrete Vorstellungen, wofür die OECD-Gelder eingesetzt werden sollen, zum Beispiel zur Kita-Finanzierung. Bei der Höhe der OECD-Gelder reicht eine blosser Annahme in Prozent nicht. Wir haben einen Plan, wofür wir diese Gelder einsetzen wollen. Deshalb müssen wir auch reagieren können, wenn die Gelder nicht in der geplanten Höhe eintreffen.

Eva Lichtsteiner: Diese Massnahme dient auch in unseren Augen der Planungssicherheit und verhindert gegebenenfalls Hauruckübungen, die unter Stress stattfinden müssten. Daher stimmt die Grüne Fraktion der Bemerkung zu.

Simone Brunner: Zum Votum von Reto Frank: Über den Wegfall können wir diskutieren, aber ein Szenario nur über die OECD-Gelder zu erstellen, widerspiegelt nicht die Komplexität der gesamten Thematik und des kantonalen Staatshaushaltes. Sie erreichen mit diesem Szenario nicht das, was Sie glauben zu erreichen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der steigende Anteil der Erträge von juristischen Personen führt tendenziell zu höheren Schwankungen. Die PFK hat richtig erkannt, dass das Schwankungsrisiko mit der OECD-Besteuerung nochmals massgeblich zunehmen dürfte. Die erste und zentrale Massnahme ist, dass wir mit den entsprechenden Steuerzahlenden regelmässig einen offenen Dialog pflegen und eine realistische Planung erstellen. Selbstverständlich beobachten wir nationale und internationale Entwicklungen. Der Voranschlag stellt aber letztlich einen Antrag dar und auch in der Finanzplanung können wir nicht mit Szenarien arbeiten. Wir müssen dem Kantonsrat einen klaren Antrag zur Beschlussfassung unterbreiten. Wir können das Bedürfnis der PFK aber nachvollziehen und sind bereit, mit zwei Massnahmen darauf zu reagieren. Erstens: Die Chancen und Risiken werden auch zukünftig entsprechend bewertet und zu den Top-Risiken werden nebst einer Quantifizierung des Risikos auch Erläuterungen formuliert. Zu diesen Top-Risiken zählt selbstverständlich die OECD-Mindestbesteuerung, auch im AFP. Zweitens: Wir werden in einem Abschnitt darlegen, wie wir auf mögliche Schwankungen bei den OECD-Erträgen reagieren können. Wir sind bereit, die Bemerkung in dieser Form

entgegenzunehmen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 72 zu 40 Stimmen zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2024, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 108 zu 0 Stimmen zu.